



59/2003

Kiel, 5. Mai 2003

## **Vorschau auf die 33. Tagung des Landtages: Fusion der Landesbanken und Nachtragshaushalt stehen oben an**

Kiel (SHL) – *Am kommenden Mittwoch, 10:00 Uhr, beginnt die 33. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtags. Freitag am frühen Nachmittag soll die Tagesordnung abgearbeitet sein.*

Zu Beginn befasst sich das Landesparlament mit der **Fusion der Landesbanken** Schleswig-Holstein und Hamburg zum 1. Juni 2003. Mit dem Zusammenschluss der beiden zur „HSH Nordbank“ entsteht das zwölfgrößte Finanzinstitut Deutschlands mit einer Bilanzsumme von rund 180 Milliarden Euro und mehr als 4.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Der Finanzausschuss des Landtages empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen von SPD, CDU und Bündnis 90/DIE GRÜNEN, den Gesetzentwurf der Regierung mit wenigen Änderungen anzunehmen (Drs. 15/2635). Auch das **Nachtragshaushaltsgesetz 2003** wird im Rahmen dieses Tagesordnungspunktes debattiert, denn es ist als Artikel 12 in das Landesbankgesetz eingefügt worden. Hier hat der Finanzausschuss mit den Stimmen der Regierungskoalition dem Landtag ebenfalls mit einigen Änderungen die Annahme empfohlen. Kontrovers diskutiert wurde die Finanzierung der Mehrkosten, die aufgrund der Änderung des Abgeordnetengesetzes zum 1. Juni 2003 entstanden sind (Stichwort: Diäten).

Danach befasst sich der Landtag in Zweiter Lesung mit der **Änderung des Maßregelvollzugsgesetzes**. Dazu hatte die CDU-Fraktion im Februar einen Gesetzentwurf vorgelegt (Drs. 15/1544). Der Innen- und Rechtsausschuss hat diesen Entwurf überarbeitet und empfiehlt dem Landtag bei Enthaltung der FDP die Annahme der geänderten Fassung. Demnach werden weitere erkennungsdienstliche Maßnahmen zur Siche-

zung des Vollzugs der Maßregel zugelassen, um flüchtige Straftäter schneller wieder ergreifen zu können.

In Erster Lesung geht es anschließend um die **Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik (ZLS)** (Drs. 15/2402, neu). Grundlage ist ein bereits unterzeichnetes Abkommen der Ministerpräsidentin und der Ministerpräsidenten aller Bundesländer, mit dem die Akkreditierungen und Zertifizierungen im Bereich der Gerätesicherheit und des Gefahrstoffrechts neu geregelt werden.

Am Nachmittag geht es in Zweiter Lesung um zwei Gesetzentwürfe in Sachen Umwelt- und Naturschutz. Die Landesregierung hatte einen **Gesetzentwurf zur Umsetzung europarechtlicher Vorschriften in Landesrecht** (Drs. 15/1950) vorgelegt, deren geänderte Fassung der Umweltausschuss mit der Regierungsmehrheit zur Annahme empfiehlt (Drs. 15/2633). Abgelehnt wurde im Ausschuss (Drs. 15/2634) hingegen mit der Regierungsmehrheit bei Enthaltung der FDP ein Gesetzentwurf der CDU-Fraktion zum **Schutz der Natur und Landschaft Schleswig-Holsteins** (Drs. 15/2312).

Danach berät der Landtag in Zweiter Lesung über ein **Studiengebührengesetz**, das die FDP-Fraktion eingebracht hatte (Drs. 15/2351). Hierzu empfiehlt der Bildungsausschuss mit den Stimmen von SPD, CDU und Bündnis 90/DIE GRÜNEN, den Gesetzentwurf abzulehnen (Drs. 15/2613).

Ebenfalls in Zweiter Lesung wird anschließend eine Verfassungsänderung beraten, die von SPD und CDU eingebracht worden ist (Drs. 15/2578, neu/2.Fassung). Demnach soll der Landtag ab der 16. Wahlperiode aus 69 (bisher 75) Abgeordneten bestehen. Außerdem sollen künftig nur noch wenige Spitzenfunktionen mit einer zusätzlichen Entschädigung für die Wahrnehmung ihrer besonderen parlamentarischen Funktionen versehen werden (z. B. Landtagspräsident, Fraktionsvorsitzende). Der Innen- und Rechtsausschuss hat der Verfassungsänderung mit den Stimmen von SPD und CDU zugestimmt (Drs. 15/2628).

Danach folgt die Erste Lesung der Änderung des **Landeswahlgesetzes** (Drs. 15/2621), die von SPD und CDU vorgelegt worden ist. Ziel ist die Reduzierung der Wahlkreise von 45 auf 40 ab der kommenden Wahlperiode.

Am **Donnerstag, 8. Mai**, ist „Girls' Day“. Ziele des bundesweiten Aktionstages „Girls' Day“ sind vor allem die Förderung der Kontaktaufnahme zu Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern und die Auffächerung des Berufswahlspektrums von Mädchen. In einem gemeinsamen Antrag fordern alle Fraktionen und der SSW daher von der Regierung einen **Bericht zur Umsetzung des Girls' Day am 8. Mai 2003** (Drs. 15/2641, neu).

Danach geht es um die **Änderung des Landesverwaltungsgesetzes**. Hierzu hat die FDP einen Gesetzentwurf vorgelegt, der in Erster Lesung beraten wird. Dabei geht es um die Regelung des Umgangs mit elektronischer Kommunikation in der Landesverwaltung.

Um die **Aufgaben der Schulträger** geht es in einer Großen Anfrage der FDP-Fraktion an die Landesregierung, der Antwort im Landtag diskutiert wird (Drs. 15/2615). Dabei geht es unter anderem um Schulbau und -unterhaltung sowie die Lehr- und Lernmittelausstattung der Schulen. Auch die künftige Rolle der Schulträger – Stichwort „Kommunalisierung der Schulen“ – wird zur Debatte stehen.

Auf Antrag von CDU und FDP geht es anschließend um die **Landesstiftungen** (Drs. 15/2572). Die Regierung soll darüber berichten, wie es um die Finanzen der Stiftungen bestellt ist. Hintergrund sind die von einigen Landesstiftungen vorgenommenen Spekulationen an der Börse, die zu Verlusten von Stiftungskapital geführt haben.

Danach wird auf Antrag der CDU über die **Bundesliegenschaften auf Sylt** diskutiert (Drs. 15/2643). Darin wird die Landesregierung aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass die Bundesregierung erneut mit den Sylter Gemeinden über den Verkauf von Bundesliegenschaften verhandelt. Konkret geht es um den geplanten Verkauf von 539 bundeseigenen Wohnungen. Bisherige Verhandlungen scheiterten an den hohen Preisvorstellungen des Bundesvermögensamtes.

Am Nachmittag geht es weiter mit dem **Umweltzustandsbericht für Schleswig-Holstein**, der auf Antrag der CDU von der Regierung vorgelegt wird (Drs. 15/2413). Der umfängliche Bericht trifft Aussagen zu allen Themenfeldern der Umweltpolitik in Schleswig-Holstein. Er enthält Angaben zu Ursachen und Wirkungen von Gefährdungspotenzialen und deren Veränderungen in den letzten zehn Jahren.

Die **Verlegung der Frühjahrsferien** auf die Osterferien beantragt die CDU (Drs. 15/2642) und fordert die Landesregierung auf, eine entsprechende Verordnung zu erlassen.

Ein weiterer CDU-Antrag wird danach beraten. Es geht um die **Erweiterung des Einsatzes der DNA-Analyse** (Drs. 15/2645). Die Landesregierung soll im Bundesrat auf eine Änderung der Strafprozessordnung hinwirken, damit Beschuldigten, denen ein schweres Verbrechen zur Last gelegt wird, Körperzellen entnommen und untersucht werden dürfen. Damit soll ein besserer Schutz der Bevölkerung vor Sexualstraftätern erreicht werden.

Nächstes Thema ist die **Aufnahme des Gottesbezugs in die Europäische Verfassung** (Drs. 15/2646), für die die CDU-Fraktion sich einsetzt. Ziel ist es, im Verfassungsvertrag für die Europäische Union den Gottesbezug im Artikel über die Werte der Union ausdrücklich zu nennen. Vorgeschlagen wird dafür der Wortlaut der Katholischen Bischofskonferenz und des Rates der Evangelischen Kirchen Deutschlands. Zum Abschluss wird am Donnerstag Abend noch über den **Bericht des Unabhängigen Landesentrums für den Datenschutz Schleswig-Holstein** für das Jahr 2002 diskutiert (Drs. 15/2535).

Am **Freitag, 9. Mai**, geht es als erstes um den **Schlussbericht des 1. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses** (Drs. 15/2559), den der Landtag zur Kenntnis nehmen soll. Der Ausschuss war im November 2000 eingesetzt worden. Sein Hauptauftrag war „die Klärung der Umstände und Hintergründe der Information des Ministers für Wirtschaft, Technologie und Verkehr (Dr. Bernd Rohwer) über ein Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft gegen den Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr (Uwe Mantik)“. Im Abschlussbericht fallen die Einschätzungen nach acht öffentlichen und zwanzig nicht-öffentlichen Sitzungen unterschiedlich aus: CDU und FDP sehen Gesetzesverstöße als erwiesen an, während die SPD kein Fehlverhalten feststellen konnte.

Anschließend geht es auf Antrag der CDU um **Sonderzuwendungen für Beamtinnen und Beamte sowie Verlängerung der Lebensarbeitszeit** (Drs. 15/2644). Die CDU spricht sich unter anderem dafür aus, das Weihnachtsgeld für Landesbeamte ab 2004 auf 12 Monate zu verteilen und den „allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnissen“ anzupassen.

Nächstes Thema ist der **Verfassungsschutzbericht 2002** (Drs. 15/2608), der über die Aktivitäten extremistischer Gruppierungen in Schleswig-Holstein Auskunft gibt.

Um die **Baumaßnahmen der Deutsche Bahn AG und ihrer Tochterunternehmen** geht es anschließend auf der Grundlage eines Berichtes der Landesregierung dazu (Drs. 15/2616).

Einen **Kindergesundheitsbericht** hatte die CDU-Fraktion von der Landesregierung gefordert (Drs. 15/2241). Der Sozialausschuss hat den Berichtsauftrag mit den Stimmen der Regierungsfraktion geändert (Drs. 15/2638). Die Landesregierung wird nunmehr verpflichtet, im Rahmen der für 2006 vorgesehenen „Studie zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland“ des Robert-Koch-Institutes einen Bericht über die Situation in Schleswig-Holstein vorzulegen.

Abschließend geht es danach um die **Eingliederungshilfe für behinderte Menschen**. Hierzu hatte die CDU-Fraktion einen Antrag vorgelegt (Drs. 15/2411), den der Sozialausschuss einstimmig in geänderter Fassung dem Landtag zur Annahme empfiehlt (Drs. 15/2639). Hintergrund ist, dass die Belegungszahlen der Behinderteneinrichtungen bis zum Jahr 2010 stetig steigen werden. Daher sollen die Leistungsvereinbarungen zwischen Land und Trägern zeitnah geschlossen werden.

### Ablauf und Beratungszeiten der 33. Tagung

TOP	Be- richt	SPD	CDU	FDP	B' 90/DIE GRÜNEN	SSW	Reg	zus.	
<b>1</b>	<b>Aktuelle Stunde</b>								<b>90</b>
	<b>Zweite Lesungen</b>								
2	Änderung des Maßregelvollzugsgesetzes (CDU), Drsn. 15/1544, 15/2583	5	5	5	5	5	5	35	
3	Gesetz über die Studiengebühren an staatlichen Hochschulen (FDP), Drsn. 15/2351, 15/2613	5	5	5	5	5	5	35	
4	Landessicherheitsüberprüfungsgesetz (Reg.), Drsn. 15/2202, 15/2625	5	– ohne Aussprache –					5	
5	Änderung der Verfassung und anderer Gesetze (Abgeordnete von SPD, CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW), Drsn. 15/980, 15/2626 <b>– mit TOP 37 –</b>	5	– ohne Aussprache –					5	
6	Änderung der Verfassung (SPD und CDU), Drsn. 15/2578 neu, 15/2628	5	10	10	10	10	10	-	55

TOP		Be- richt	SPD	CDU	FDP	B' 90/DIE GRÜNEN	SSW	Reg	zus.
7	Gesetz zur Umsetzung europarechtlicher Vorschriften in Landesrecht (Reg.), Drsn. 15/1950, 15/2633 – <b>mit TOP 8 Mittwoch 15:00 Uhr –</b>	5	10	10	10	10	10	10	65
8	Landesnaturenschutzgesetz (CDU), Drsn. 15/2312, 15/2634	-	-	-	-	-	-	-	-
9	a) Gesetz zur Neustrukturierung der Landesbank b) Nachtragshaushaltsgesetz 2003 (Reg.), Drs. 15/2448, 15/2635 – <b>Mittw. 10:00 Uhr –</b>	5	20	20	20	20	20	20	125
<b>Erste Lesungen</b>									
10	Lebensmittelsicherheitsgesetz (Reg.), Drs. 15/2368	– ohne Aussprache –							
11	Abkommen über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik (Reg.), Drs. 15/2402 neu – <b>Mittwoch –</b>	– ohne Aussprache –							
12	Änderung des Landeswahlgesetzes (SPD und CDU), Drs. 15/2621 – <b>nach TOP 6 –</b>	-	5	5	5	5	5	5	30
13	Änderung des Landesverwaltungsgesetzes (FDP), Drs. 15/2631	-	5	5	5	5	5	5	30
<b>Große Anfrage</b>									
14	Aufgaben der Schulträger (FDP), Drsn. 15/2226, 15/2615	-	10	10	10	10	10	10	60
<b>Anträge</b>									
15	Landesstiftungen (CDU und FDP), Drs. 15/2572	-	5	5	5	5	5	5	30
16	Landesverordnung zur Einführung einer Sozialklausel in Gebieten mit gefährdeter Wohnraumversorgung (CDU), Drs. 15/2602 – <b>mit TOP 23 –</b>	-	5	5	5	5	5	5	30
17	Zustimmung gemäß Artikel 34 der Landesverfassung (Reg.), Drs. 15/2618	– ohne Aussprache –							
18	Europ. Verfassungskonvent (SPD u. B'90/GRÜNE) Drs. 15/2619	– ohne Aussprache –							
19	Grenzüberschreit. Zusammenarbeit mit Dänemark (SPD u. B'90/GRÜNE), Drs. 15/2620	– ohne Aussprache –							
20	Zivilrechtl. Antidiskriminierungsgesetz des Bundes (SPD u. B'90/GRÜNE), Drs. 15/2640	– ohne Aussprache –							

TOP		Be- richt	SPD	CDU	FDP	B' 90/DIE GRÜNEN	SSW	Reg	zus.
21	Bericht zur Umsetzung des „Girls' Day“ (SPD u. BÜNDNIS 90/GRÜNE), Drs. 15/2641 <b>– Donnerstag 10:00 Uhr –</b>	-	5	5	5	5	5	5	30
22	Verlegung der Frühjahrsferien (CDU), Drs. 15/2642	-	5	5	5	5	5	5	30
23	Bundesliegenschaften auf Sylt (CDU), Drs. 15/2643	-	-	-	-	-	-	-	-
24	Sonderzuwendungen für Beamtinnen/Beamte – Verlängerung der Lebensarbeitszeit (CDU), Drs. 15/2644 – <b>Freitag –</b>	-	5	5	5	5	5	5	30
25	Einsatz der DNA-Analyse (CDU), Drs. 15/2645	-	5	5	5	5	5	5	30
26	Aufnahme des Gottesbezuges in die Europäische Verfassung (CDU), Drs. 15/2646	-	5	5	5	5	5	5	30
<b>Berichte</b>									
27	Umweltzustandsbericht für Schleswig-Holstein (Reg.), Drs. 15/1948, 15/2413 <b>– Donnerstag 15:00 Uhr –</b>	-	10	10	10	10	10	10	60
28	Bericht 2003 des Unabhängigen Landeszentrums für den Datenschutz, Drs. 15/2535	-	5	5	5	5	5	5	30
29	1. parlamentarischer Untersuchungsausschuss (Schlussbericht), Drs. 15/500, 15/2559 <b>– Freitag 10:00 Uhr –</b>	5	10	10	10	10	10	-	55
30	Programm „Einführung der Verlässlichen Grundschule“ (FDP), Drs. 15/2430, 15/2599	5	– ohne Aussprache –						5
31	Verfahren zur verlässlichen Grundschule (CDU), Drs. 15/2492, 15/2600	5	– ohne Aussprache –						5
32	Verfassungsschutzbericht 2002 (Reg.), Drs. 15/2608	-	5	5	5	5	5	5	30
33	Entwicklung und Stand der Kulturwirtschaft (CDU), Drs. 15/2573, 15/2611	5	– ohne Aussprache –						5
34	Verzahnung von Vorschul- und Grundschulbereich (CDU), Drs. 15/2379 neu, 15/ 2612	5	– ohne Aussprache –						5
35	Baumaßnahmen der DB AG (Reg.), Drs. 15/2442, 15/2616	-	5	5	5	5	5	5	30
36	Schutz und Hilfe für Opfer von Straftaten (CDU), Drs. 15/1579, 15/2624	5	– ohne Aussprache –						5

TOP		Be- richt	SPD	CDU	FDP	B' 90/DIE GRÜNEN	SSW	Reg	zus.
37	Umbenennung des Eingaben- ausschusses in Petitionsaus- schuss (Abgeordnete von SPD, CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW), Drsn. 15/981, 15/2627	-	-	-	-	-	-	-	-
38	Änderung des Geschäftsord- nung des Landtages (Innen- und Rechausschuss sowie Fi- nanzausschuss), Drs. 15/2629	– Absetzung von der Tagesordnung vorges. –							
39	Bekämpfung des Frauen- und Mädchenhandels (Reg.), Drsn. 15/1246, 15/2636	5	– ohne Aussprache –						5
40	Entschießung zur Präimplanta- tionsdiagnostik (FDP), Drsn. 15/1084, 15/1110, 15/2637	5	– ohne Aussprache –						5
41	Kindergesundheitsbericht (CDU), Drsn. 15/2241, 15/2638	5	5	5	5	5	5	5	35
42	Eingliederungshilfe für behin- derte Menschen (CDU), Drsn. 15/2411, 15/2639	5	5	5	5	5	5	5	35
<b>43</b>	<b>Fragestunde</b>								<b>30</b>



## Reihenfolge der Beratung der 33. Tagung

TOP		ange- meldete Redezeit	Voraus- sichtl. Beginn der Beratung
<b>Mittwoch, 7. Mai 2003</b>			
<b>9</b>	<b>a) Gesetz zur Neustrukturierung der Landesbank b) Nachtragshaushaltsgesetz 2003</b>	<b>125</b>	<b>10:00</b>
2	Änderung des Maßregelvollzugsgesetzes	35	12:05
11	Zentralestelle der Länder für Sicherheitstechnik	-	12:40
<b>7 u. 8</b>	<b>Umsetzung europarechtlicher Vorschriften und Landesnatorschutzgesetz</b>	<b>65</b>	<b>15:00</b>
3	Gesetz über die Studiengebühren an Hochschulen	35	16:05
6	Änderung der Verfassung	55	16:40
12	Änderung des Landeswahlgesetzes	30	17:35
<b>Donnerstag, 8. Mai 2003</b>			
<b>21</b>	<b>Bericht zur Umsetzung des „Girls' Day“</b>	<b>30</b>	<b>10:00</b>
13	Änderung der Landesverwaltungsgesetzes	30	10.30
14	Aufgaben der Schulträger	60	11:00
15	Landesstiftungen	30	12:00
23*)	Bundesliegenschaften auf Sylt	30	12:30
<b>27</b>	<b>Umweltzustandsbericht</b>	<b>60</b>	<b>15:00</b>
22	Verlegung der Frühjahrsferien	30	16:00
25	Einsatz der DNA-Analyse	30	16:30
26	Aufnahme des Gottesbezugs in die Europäische Ver- fassung	30	17:00
28	Bericht des Landesentrums für den Datenschutz	30	17:30
<b>Freitag, 9. Mai 2003</b>			
<b>29</b>	<b>Schlussbericht des 1. Parlamentarischen Untersu- chungsausschusses</b>	<b>55</b>	<b>10:00</b>
24	Sonderzuwendungen für Beamtinnen und Beamte	30	10:55
32	Verfassungsschutzbericht 2002	30	11:25
35	Baumaßnahmen der DB AG	30	11:55
41	Kindergesundheitsbericht	35	12:25
42	Eingliederungshilfe für behinderte Menschen	35	13:00

TOP 16 wurde zurückgezogen, TOP 4 muss von der Tagesordnung abgesetzt werden.

Hinweis:

Soweit einzelne **Tagesordnungspunkte** durch **Fettung** hervorgehoben sind, ist der Beginn der Beratung **zeitlich festgelegt**.